

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier in Mannheim,

liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet. Im Jahr 1950 wurde durch eine UN-Resolution der 10. Dezember – also heute - zum internationalen Gedenktag ausgerufen.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International nehmen diesen Tag jedes Jahr zum Anlass, die Menschenrechtssituation weltweit kritisch zu betrachten und auf aktuelle Brennpunkte hinzuweisen.

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auch andere Menschenrechte werden aktuell in vielen Ländern der Erde missachtet: Im Jemen, in der Türkei, in Syrien, Iran, Saudi-Arabien, im Israel-Palästina-Konflikt, in China, in vielen afrikanischen Ländern ebenso wie in Lateinamerika und in Asien.

Auch in Europa werden im Mittelmeer, auf dem Balkan und an mehreren Grenzen zur EU die Rechte von Menschen, die vor Not, Elend und Krieg geflohen sind, mit Füßen getreten. In den USA ist in vielen Staaten die Todesstrafe immer noch nicht abgeschafft.

Die Veranstalter haben mich gebeten, heute hier zum Thema „Ukraine und Russland“ – und Konfliktlösungsmöglichkeiten zu sprechen.

Bevor ich damit beginne, möchte ich am heutigen Tag der Menschenrechte eines der größten Menschenrechtsverbrechen der Geschichte benennen:

Ende September 2021 erinnerte Bundespräsident Steinmeier in der Ukraine an das Massaker von Babyn Jar vor damals 80 Jahren am 29. und 30. September 1941, als im größten Einzelmassaker auf europäischem Boden mehr als 33 000 Jüdinnen und Juden von deutschen Nationalsozialisten und ihren Helfern erschossen wurden.

Die Gesamtzahl der Toten in der Ukraine während des 2. Weltkrieges wird mit 8 Millionen angegeben, davon 5 Millionen Zivilisten, einschließlich 1,6 Millionen Menschen jüdischen Glaubens.

Die Kämpfe spielten sich zwischen den regulären Truppen der Roten Armee und der deutschen Wehrmacht sowie deren Verbündeten ab,

wobei auch Waffen-SS-Verbände und Partisanen einbezogen waren. Der Generalplan Ost sah vor, in der Ukraine 20 Millionen Deutsche anzusiedeln.

Nachdem vor Kurzem der Holodomor, der Hungertod von rund 3,5 Millionen Menschen in der Ukraine während der Stalin-Gewaltherrschaft in den Jahren 1932 und 1933 als Völkermord vom deutschen Bundestag anerkannt wurde, ohne dass in diesem Zusammenhang an die Gräueltaten der deutschen Wehrmacht ein Jahrzehnt später erinnert wurde, war und ist es mir ein Anliegen, mit dieser historischen Ergänzung zum Bundestagsbeschluss zu beginnen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte vor einem Jahr bei der Gedenkfeier für das Massaker Babyn Jar in der Ukraine:

„Die Verbrechen wirken nach“ und „Ohne ehrliche Erinnerung gibt es keine gute Zukunft“.

Wie kann aktuell eine gute Zukunft für die Menschen in der Ukraine – und weit darüber hinaus in allen Ländern, die davon direkt oder indirekt betroffen sind aussehen?

Mut und auch einige Funken Hoffnung gibt mir ein aktueller Beitrag von Professor Jeffrey Sachs, Berater von drei UNO-Generalsekretären und derzeit Beauftragter von Generalsekretär Antonio Guterres für Nachhaltigkeitsfragen.

In einem aktuellen Artikel vom 8. Dezember 2022 weist er auf die Pressekonferenz von Joe Biden mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron Anfang Dezember 2022 hin, in der der US-Präsident erklärte:

„Ich bin bereit, mit Herrn Putin zu sprechen, wenn er tatsächlich ein Interesse daran hat, einen Weg zur Beendigung des Krieges zu finden. Das hat er bisher nicht getan. Wenn das der Fall ist, bin ich in Absprache mit meinen französischen und meinen Nato-Freunden offen dafür, mich mit Putin zusammzusetzen, um zu sehen, was er will, was ihm vorschwebt.“

Der Sprecher von Präsident Wladimir Putin entgegnete, Russland sei zu Verhandlungen bereit, die darauf abzielten, "unsere Interessen zu wahren".

Jetzt ist es an der Zeit für eine Vermittlung, die sich auf die Kerninteressen und den Verhandlungsspielraum der drei Hauptkonfliktparteien stützt:

Russland, der Ukraine und den Vereinigten Staaten.

Die ganze Welt könnte von einer Beendigung des Konflikts enorm profitieren, da sowohl die nukleare Bedrohung, die heute über der Welt schwebt, als auch die verheerenden wirtschaftlichen Folgen des Krieges beseitigt würden, die vor allem die Länder des Südens mit großer Wucht treffen.

Die Länder des Südens haben nicht wie Deutschland die Mittel für einen „Doppelwumms“ von 200 Milliarden Euro zur Abfederung gestiegener Energiepreise und einer galoppierenden Inflation.

Voraussetzungen für einen Waffenstillstand

Der wichtigste Punkt für eine Vermittlung ist anzuerkennen, dass alle Parteien legitime Interessen haben und berechnete Missstände zu beklagen haben.

Diese sind u.a. nach Professor Jeffrey Sachs:

Russland hat zu Unrecht und gewaltsam in die Ukraine überfallen.

Die US-Regierung hat unrechtmäßig den Sturz Janukowitschs im Jahr 2014 gefördert und die Ukraine anschließend schwer bewaffnet, während sie die Nato-Erweiterung vorantrieben, um Russland im Schwarzen Meer einzukreisen. Die Annexion der Krim war ebenso völkerrechtswidrig wie der Sturz des gewählten Präsidenten Viktor Janukowitschs.

Nach dem Sturz Janukowitschs weigerten sich die ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und Wolodymyr Selenskyj, das Minsk-II-Abkommen umzusetzen, das nach Berichten der OSZE auch von Seiten der Separatisten mit Unterstützung Russlands verletzt wurde.

Ein Waffenstillstand hat eine Chance, wenn die US-Regierung von einer weiteren Nato-Erweiterung in Richtung der russischen Grenzen Abstand

nimmt, Russland seine Streitkräfte aus der Ukraine abzieht und die einseitige Annexion ukrainischen Territoriums rückgängig macht.

Die Anerkennung der souveränen Grenzen der Ukraine im Rahmen der UN-Charta gilt es zu sichern – u.a. durch den UN-Sicherheitsrat und andere Nationen.

Rückblick auf bisherige Versuche

Im März 2022, einen Monat nach der russischen Invasion, erzielten Präsident Wladimir Putin und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wesentliche Fortschritte in Hinsicht auf eine pragmatische Beendigung des Krieges durch Verhandlungen in Istanbul, die auf einer Nichterweiterung der Nato, internationalen Garantien für die Souveränität und Sicherheit der Ukraine und einer späteren friedlichen Lösung der Probleme auf der Krim und im Donbass beruhte. Türkische Diplomaten waren die Vermittler.

Doch dann beendete die Ukraine die Verhandlungen nach einem Besuch von Boris Johnson in Kiew - offenbar auf Drängen Großbritanniens und der USA . Die ukrainische Regierung sollte Verhandlungen so lange blockieren, bis durch neue westliche Waffenlieferungen Russland militärisch geschwächt sei, so berichtete der britische Guardian. Daraufhin eskalierte der Konflikt noch stärker als zuvor.

Wann begannen die ersten Hoffnungszeichen?

Bereits Mitte Mai 2022 zeichnete sich nach einem Grundsatzartikel in der New York Times eine mögliche Wende der US-Politik bezüglich des Ukraine-Krieges ab.

Die New York Times schrieb von „außerordentlichen Kosten und ernststen Gefahren“ und verlangte von US-Präsident Joe Biden Antworten auf die Frage: Wohin soll das alles führen?

Die Ziele der US-Regierung in der Ukraine seien angesichts eines beabsichtigten 40-Milliarden US-Dollar schweren militärischen Soforthilfeprogramms für die Ukraine immer schwieriger zu erkennen – und mit enormen Gefahren für den Weltfrieden verbunden, ebenso mit enormen weiteren Kosten für die USA.

Die New York Times schrieb: „Versuchen die Vereinigten Staaten beispielsweise, zur Beendigung dieses Konflikts beizutragen – und zwar

durch eine Regelung, die eine souveräne Ukraine und eine Art von Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland ermöglicht? Oder versuchen die Vereinigten Staaten jetzt, Russland dauerhaft zu schwächen?

Hat sich das Ziel der Regierung darauf verlagert, Wladimir Putin zu destabilisieren oder ihn zu stürzen? Beabsichtigen die Vereinigten Staaten, Wladimir Putin als Kriegsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen?“.

US-Generalstabschef Mark Milley telefonierte Mitte Mai 2022 erstmals seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24.2.2022 mit seinem russischen Amtskollegen Waleri Gerassimow.

In diesem Telefonat der beiden ranghöchsten Generäle beider Länder sei es um "wichtige sicherheitsbezogene Themen" gegangen, wie ein Sprecher des US-Generalstabs erklärte.

Seither gab es als konkrete Schritte das Getreidabkommen aus ukrainischen Häfen, mit dem Hungersnöte zumindest abgemildert wurden, den Austausch von russischen und ukrainischen Kriegs-Gefangenen, den Rückzug der russischen Truppen aus Cherson – und vorgestern den Gefangenenaustausch zwischen einer US-Basketballspielerin und einem russischen Waffenhändler.

Wer könnte vermitteln?

Da sich nun sowohl die USA als auch Russland vorsichtig an den Verhandlungstisch herantasten, ist es an der Zeit, zu vermitteln.

Zu den möglichen Vermittlern zählen die Vereinten Nationen mit dem UN-Generalsekretär an der Spitze, die OSZE, die Türkei, China und Papst Franziskus,

Die Konturen einer erfolgreichen Konfliktvermittlung sind absehbar, ebenso wie die Grundlage für eine Friedensregelung.

Wie könnte unter all diesen bisher genannten Voraussetzungen eine Deeskalation konkret aussehen?

Am 18. Mai 2022 legte die italienische Regierung zum ersten Mal einen mit dem UN-Generalsekretär und den G7-Staaten abgestimmten Friedensplan vor, der vier Stufen enthält, die aufeinander aufbauen.

1. Waffenstillstand

Dieser Waffenstillstand soll mit lokalen Kampfpausen beginnen, die von der OSZE oder den Vereinten Nationen überwacht werden. Ziel ist die Entmilitarisierung entlang der derzeitigen Frontlinie, wobei eine Pufferzone entstehen würde, die frei von Kämpfern beider Konfliktparteien ist.

2. Neutralität der Ukraine

Zeitlich nachgeordnet einem Waffenstillstand schlägt das italienische Außenministerium eine Friedenskonferenz zur Statusfrage der Ukraine vor. Sollte sich die ukrainische Regierung auf eine Neutralität des Landes einlassen, bräuchte sie Sicherheitsgarantien verschiedener anderer Staaten.

3. Lösung territorialer Fragen

Zeitlich wiederum nach einer Friedenskonferenz zur Frage der Neutralität der Ukraine schlägt die italienische Regierung bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland vor, die von einer neutralen Institution wie der OSZE oder den Vereinten Nationen moderiert werden könnten.

Inhaltlich würde es dabei um die Autonomie der Separatistengebiete bei Wahrung der territorialen Landesintegrität gehen. Konkret bräuchte es eine Regelung der sprachlichen und kulturellen Rechte sowie des freien Personen- und Dienstleistungsverkehrs.

4. Europäischer Sicherheitspakt

Als vierte und letzte Stufe des italienischen Friedensplanes ist ein Abkommen über Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa vorgesehen. Abrüstung, Rüstungskontrolle, Konfliktverhütung und Vertrauensbildung würden dabei auf der Tagesordnung stehen.

Das Ziel des italienischen Friedensplanes ist der vollständige Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine und der Erhalt der territorialen Integrität der Ukraine.

Die schrittweise Aufhebung von Sanktionen gegenüber Russland könnte in dem Maße erfolgen, wie die russischen Truppen den Boden der Ukraine verlassen.

Eine Wiederaufbau-Geberkonferenz könnte der notleidenden Zivilbevölkerung Perspektiven geben und die notwendigen Finanzmittel zur Beseitigung der Kriegsschäden bereit stellen.

Was können wir tun?

- Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Ukraine, Belarus unterstützen
- Friedensgruppen in Russland, Belarus und Ukraine unterstützen
- Friedensorganisationen in Deutschland /Connection fördern
- Geflüchtete aus der Ukraine unterstützen
- Opfern in der Ukraine über Caritas International Hilfe zukommen lassen

Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass eine weitere Militarisierung aller Gesellschaften nicht vereinbar ist mit der Eindämmung der Klimakatastrophe. Das weltweite Militär zählt zu den größten CO-2-Emittenten. Rüstung tötet daher auch ohne Krieg.

Martin Luther King, Mitglied des US-Versöhnungsbundes, hat gesagt:
„Dunkelheit kann nicht ausgetrieben werden durch Dunkelheit, nur das Licht kann das. Hass kann nicht ausgetrieben durch Hass, nur die Liebe kann das.“

Clemens Ronnefeldt,

Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.
IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00
Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt